

SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

SCHWERPUNKTE DER SITZUNGSWOCHE

INITIATIVE DER FRAKTION: MENSCHEN IM IRAN ENDLICH UNTERSTÜTZEN

WAHLRECHTSREFORM

GASTBEITRAG MIT THOMAS DE MAIZIERE ZUM THEMA MIGRATION



SERAP GÜLER



SGUELER



SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Sitzungswoche im neuen Jahr 2023 ist vorüber. Ich möchte Sie und Euch ab jetzt mit meinem neuen Newsletter aus Berlin auf dem Laufenden halten. Dafür möchte ich künftig direkt und zeitnah über meine Arbeit aus der Fraktion berichten. Sie finden in diesem Newsletter die Schwerpunkte jeder Sitzungswoche, Initiativen oder Positionspapiere sowie einen Überblick meiner Beiträge in der öffentlichen Debatte.

Zu den Schwerpunkten möchte ich auf unseren Leitantrag **„Beschaffungsgipfel jetzt einberufen - Versorgungssicherheit für Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln gewährleisten“** verweisen. In dieser Woche hat auch wieder die **Unterstützung der Ukraine durch Kampfpanzer** eine große Rolle gespielt. Wie Sie wissen, ist mir auch die **Unterstützung der Iranerinnen und Iraner** ein wichtiges Anliegen. Beide Anträge dazu finden Sie im Folgenden. Irritierend war in dieser Woche der Vorschlag eines **Wahlrechtsmodells der Ampel, der die Bürgerstimme abschaffen würde**. Am Ende möchte ich noch auf meinen **Gastbeitrag in der FAZ zum Thema Migration**, welchen ich gemeinsam mit Thomas de Maizière, Innenminister a.D. geschrieben habe, hinweisen. Ich freue mich sehr über Ihr Feedback.

Für das Interesse an meiner Arbeit danke ich herzlich und übersende beste Grüße an Sie aus dem Deutschen Bundestag.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Leitantrag der Woche: „Beschaffungsgipfel jetzt einberufen – Versorgungssicherheit für Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln gewährleisten.“

Die Versorgungslage mit Medikamenten hat sich in den letzten Wochen massiv verschlechtert. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin oder Krebsmedikamente sind flächendeckend kaum noch erhältlich oder nur mit hohem Aufwand zu bekommen. Der Bundesgesundheitsminister kündigt aber zur Abhilfe lediglich langfristige Regelungen an. Doch gehandelt werden muss jetzt. Wir setzen daher auf einen Beschaffungsgipfel, auf dem alternative Beschaffungen aus dem Ausland, verbesserte Verteilungs- und Austauschmöglichkeiten und ein nationales Frühwarnsystem diskutiert werden. Darüber hinaus fordern wir die Steigerung der europäischen Arzneimittelproduktion oder zumindest eine effektivere europäische Beschaffung sowie eine Ertüchtigung von Apotheken. Unter diesem diesem Link finden Sie den Antrag:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005216.pdf>

Unser Antrag: „Ukraine durch die Lieferung von Kampfpanzern unterstützen“



Der Bundeskanzler muss nach dem Fiasko von Bundesverteidigungsministerin a.D. Christine Lambrecht sicherheitspolitische Klarheit schaffen. Dazu gehört auch endlich die Lieferung von Kampfpanzern vom Typ Leopard. Dieser Schritt muss im Verbund mit unseren europäischen Partnern geschehen. Doch der Bundeskanzler steht weiterhin auf der Bremse. Nur mit Waffenlieferungen auf qualitativ und quantitativ hohem Niveau kann die Ukraine in die Lage versetzt werden, sich auch weiterhin gegen die russische Aggression zu verteidigen. Nach langem Zögern und einer desaströsen Personalentscheidung im Verteidigungsressort, muss die Bundesregierung nun proaktiv handeln um den außen- und sicherheitspolitischen Flurschaden, der in den letzten Monaten bei unseren Alliierten entstanden ist, zu begrenzen.

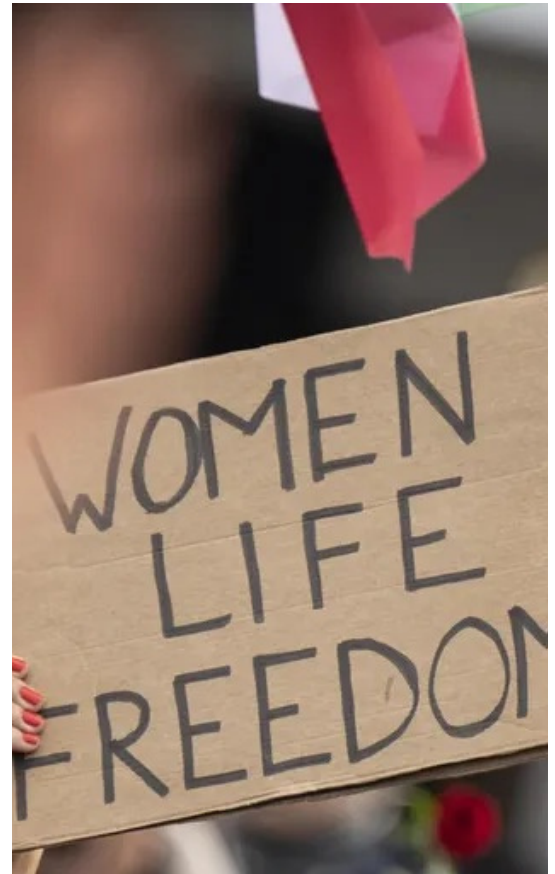
Unter diesem Link finden Sie den gesamten Antrag:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005219.pdf>

Menschen im Iran endlich unterstützen

Die Bundesregierung muss ihre Iranpolitik endlich entschlossen auf den Erfolg der Revolutionsbewegung im Iran hin ausrichten. Mit unserem Antrag „**Das iranische Terrorregime effektiv sanktionieren und so die iranische Revolutionsbewegung aktiv unterstützen**“ fordern wir: Es muss Ziel europäischer Politik sein, dem iranischen Regime die Unterdrückung des eigenen Volkes so weit wie möglich zu erschweren. Davon ist die EU in der Sanktionspolitik – dem hierfür eigentlich wirkmächtigsten Vehikel – leider noch weit entfernt. Zu den nicht ausgereizten Möglichkeiten zählen die Terrorlistung der Revolutionsgarden in der EU, erweiterte Personensanktionen, ein sehr viel restriktiverer Umgang mit Technologietransfers, schärfere Sanktionsdurchsetzung, die lange auf die Bank geschobene Möglichkeit von Handelssanktionen, aber auch Sanktionen gegen den iranischen Propagandaapparat. Die von ihr selbst als feministisch bezeichnete Außenpolitik der Bundesregierung spielt in der Iran-Politik bislang keine erkennbare Rolle. Die Bundesregierung sollte deshalb endlich eine entschlossene Vorreiterrolle innerhalb der EU einnehmen. Unter diesem Link finden Sie den gesamten Antrag:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005214.pdf>



Wahlrechtsreform

Die Ampel hat uns am 15. Januar 2023 einen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform zugesandt, der vorsieht, dass der Bundestag eine feste Größe von 598 Abgeordneten hat. Jeder Wähler soll zwei Stimmen erhalten, eine „Wahlkreisstimme“ für einen Direktkandidaten und eine „Hauptstimme“ für die Landesliste einer Partei. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag orientiert sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. In den Bundestag ziehen also nur die Direktkandidaten ein, die über eine entsprechende „Hauptstimmendeckung“ verfügen. **Direktmandate werden insofern nicht mehr unmittelbar gewonnen, sondern nach dem sogenannten Hauptstimmenergebnis „zugeteilt“.** **Wahlkreise, in denen der Wahlkreissieger nicht über die erforderliche „Hauptstimmendeckung“ verfügt, sind also nicht mehr durch einen Wahlkreiskandidaten im Bundestag vertreten.** Damit will die Ampel die Bürgerstimme entwerten. In vielen Wahlkreisen wird es künftig keinen direkt gewählten Abgeordneten mehr geben. Die Bürgerinnen und Bürger werden dann häufig keine unmittelbare Interessenvertretung im Bundestag mehr haben. Welche Personen tatsächlich in den Deutschen Bundestag einziehen, wird nach dem Willen der Ampel künftig stärker von den Listen der Parteien abhängen als von der Bürgerstimme der Wählerinnen und Wähler.

Wir sind weiterhin bereit, ernsthafte Gespräche mit der Ampel über eine Wahlrechtsreform zu führen. Aber wer die meisten Stimmen in einem Wahlkreis erringt, muss auch in den Bundestag einziehen.

Für uns gilt: Die Bürgerstimme muss zählen!

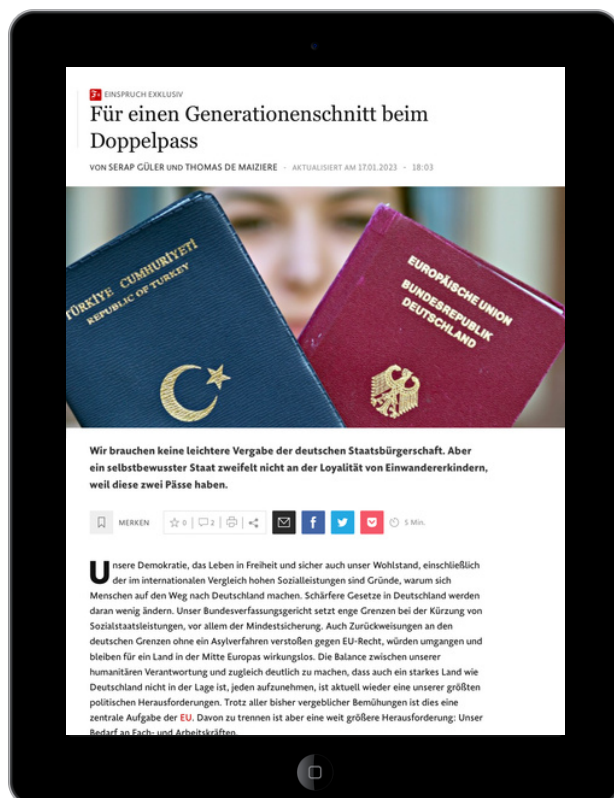
Gast in der Polit- Talkshow „maybritt illner“

Am Donnerstag war ich zu Gast in der Polit- Talkshow „maybritt Illner“ zum Thema: "Neuer Minister, alte Probleme – letzte Chance für die Zeitenwende?" Deutschland liefert viel in die Ukraine, aber es entsteht der Eindruck, dass es nur auf Druck unserer Verbündeten geschieht. Es kann jetzt alles schnell gehen, wenn wir den Ringtausch weiter denken. Wir können uns keine weiteren Verzögerungen mehr leisten.



Die gesamte Folge finden Sie hier: <https://www.zdf.de/politik/maybrit-illner/neuer-minister-alte-probleme-letzte-chance-fuer-die-zeitenwende-maybrit-illner-vom-19-januar-2023-100.html>

Gemeinsamer Gastbeitrag mit Thomas De Maizièrè



Ein selbstbewusster Staat zweifelt nicht an der Loyalität von Einwandererkindern, weil diese zwei Pässe haben – meinen Thomas de Maizièrè und ich. Einige Gedanken zur aktuellen Debatte rund um das Thema Migration finden Sie unter diesem Link:

<https://www.faz.net/einspruch/fuer-einen-generationenschnitt-beim-doppelpass-18609406.html>